

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:
Gebr. Henckels, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Beleglohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7 gespaltene Zeilen mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 175.

Dresden, Dienstag den 30. Juli 1918.

29. Jahrg.

Zur Strategie des Friedens.

Von Eduard David.

Es gibt Leute, pazifistische Ideologen, die glauben, eine offene und unabweisliche Verzichtserklärung Deutschlands auf jegliche Eroberung oder sonstigen Kriegsgewinn genüge für sich allein, um die feindlichen Mächte friedensbereit zu machen. Daß das eine Illusion ist, beweisen klarlich die Reden der führenden Staatsmänner der Entente bis in die neueste Zeit hinein.

Auf der anderen Seite gibt es Leute, Ideologen der Gewalt, die glauben, die einzige und allein wirksame Friedensoffensive sei die militärische Aktion. Für eine politische Friedensoffensive ist in ihrem Sinn kein Raum. Das Schwert allein soll den Frieden erzwingen. Auch das ist eine Illusion. Und wenn ihre Vertreter spöttisch darauf hinweisen, daß alle Friedensangebote und Verständigungsabmachungen bis heute den Frieden nicht gebracht haben, so ist ihnen zu antworten: auch alle militärischen Erfolge haben ihn nicht gebracht.

Man hat es Herrn von Bülow sehr berätigt, daß er auf die Unmöglichkeit, den Krieg nur mit militärischen Mitteln zu beenden, hingewiesen hat. Er hat das Aussprechen dieses Gedanken mit seinem Sturz bezahlen müssen. Die Vorsicht, sich dabei mit der Autorität des Feldmarschalls Molke zu decken, hat ihm nichts genützt. Nicht der Schlüssel dieses Weltkrieges, der von der Möglichkeit einer neuen, ja dreifach-ährigen Dauer des vorausgeschauten europäischen Krieges sprach, war dabei die Hauptsache, der Kern des Gedankens: ganz lag vielmehr in dem vorhergehenden Satz, der lautet: „Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerufen wie sie zuvor, gegen einander in den Kampf treten, keine derselben kann in einem oder zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwinden erklärte, daß sie sich nicht wieder Besiegungen Frieden schließen würde, daß sie sich nicht wieder aufzuheben sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern.“

Dieses Urteil des großen Strategen von 1870/71, der dabei nicht einmal die Teilnahme Amerikas und fast der ganzen übrigen Welt am Kriege gegen und vorangesehen, ist bezeichnend für die Gewaltspolitik und annexionspolitischen Phantasien, die seit Jahr und Tag mit dem Phantom eines in gewisser Nähe gerückten „deutschen Schwertschleiers“ arbeiten.

Kein vernünftiger Mensch wird natürlich aus der Einsicht, daß das Schwert allein den Frieden nicht erzwingen kann, den Schluss ziehen, daß man darum auf weitere militärische Operationen verzichten solle. Aber ebensowenig sollte es einen vernünftigen Menschen geben, der die Notwendigkeit einer damit Hand in Hand gehenden, zielhaften politischen Friedensoffensive verkümmert. Alles was in letzterer Hinsicht geschehen ist, alle Versuche, eine günstige Atmosphäre für einen beiderseitigen Frieden bei unrennen Gegnern zu schaffen, sind von den Vertretern der reinen Gewaltstrategie diskreditiert und ihrer Wirkungen beraubt worden. Die annexionspolitischen Schreier und Stimmungspolitiker haben damit eine schwere Mitschuld für die Verlängerung des Krieges auf sich geladen. Das oben zitierte Urteil Molkes sollte sie endlich zur Besinnung und zum Nachdenken über die volle des Möglichen in einem Koalitionskrieg wie dem Vorigen bringen. Ein Friede, der uns die Unversehrtheit unseres territorialen Besitzstandes und die Möglichkeit der freien wirtschaftlichen Betätigung auch weiterhin sichert, wäre ein Abschluß dieses gigantischen Kampfes mit der ganzen Welt, auf den die lebende und alle kommenden Generationen des deutschen Volkes mit Stolz zurückblicken könnten. Um keine Zukunft braucht ihm dann nicht bangen zu sein — vorangeht, daß im Innern alle seine Kräfte gelöst und zur vollen Mitarbeit am Gelingen des Ganzen gebracht würden.

Eine Konsequente, von keiner Partei gegebene und um ihre Wirkung gebrachte Friedenspolitik ist die Forderung, die wir an der Schwelle des fünften Kriegsjahres mit erhöhtem Nachdruck erheben. Aufgabe der Deeresleitung ist es, die militärischen Operationen mit Energie fortzuführen. Ihr von allen Seiten anerkanntes strategisches Genie findet hier das geeignete Betätigungsfeld, und solange die Gegner den Frieden auf der Niederwerfung zu können, solange sie einen Frieden auf der Grundlage der beiderseitigen Integrität ablehnen, wird das deutsche Volk geschloffen weiterkämpfen. Aber daneben muß eine klare und aufrichtige Friedenspolitik gehen.

Nur wenn sich in den Volksmassen der gegen uns Krieg führenden Staaten die Ueberzeugung ausbreitet, daß sie einen annehmbaren Frieden, den sie nicht weniger wünschen als wir, am dem Tag haben können, an dem ihre Staatsmänner ihn haben wollen, dürfen wir hoffen, daß der Wille zum Frieden sich auch drüben siegreich durchsetzt. In der Erklärung, mit der die Sozialdemokratische Fraktion ihre neue politische Auffassung zu den Kriegskrediten begründete, heißt es:

„Daß die Politik der deutschen Annexionsisten nur eine kleine Minderheit des Volkes hinter sich hat, würde für alle Welt in der Stunde unabweislich werden, in der die Völker der Ententestaaten ihre Regierungen dazu bewegen, sich auf Ueberweis zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der

beiderseitigen Integrität zu erklären. Nach einem Wort einer solchen Bereitschaft würde das deutsche Volk nimmermehr dulden, daß Friedensverhandlungen an Eroberungsforderungen oder irgendwelchen politischen, wirtschaftlichen oder finanziellen Begünstigungsbefehlen scheitern.“

Das Wolffsche Bureau hat in dem in Ausland gegebenen Bericht über die Reichstagsüberhandlung vom 13. Juli diese Sätze unter den Tisch fallen lassen. Das ist kennzeichnend für die Geister, die dort walten. Man will das Ausland nicht wissen lassen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes bereit und entschlossen ist, zu einem Frieden der Verständigung und der beiderseitigen Achtung der nationalen Lebensrechte. Man sieht nicht, daß gerade die unerlässliche Voraussetzung ist für die politische Ueberwindung der herrschenden Kriegsparteien in den feindlichen Ländern.

Nur aus der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk nicht auf Eroberungen und Raub ausgeht, sondern einzig und allein auf die Anerkennung seiner Gleichberechtigung auf Leben und Entwicklung kämpft, können die Friedensstimmungen drüben die Kraft ziehen, deren sie bedürfen, um den heimischen Kriegsparteien und den sie führenden Staatsmännern das Heft aus der Hand zu ringen. Wer das Aufkommen dieser Ueberzeugung im feindlichen Ausland verhindert, besorgt die Geschäfte der Lloyd George, Clemenceau und Genossen. Die Einsicht, daß Deutschland militärisch nicht niedergeworfen werden kann auf der einen Seite und die ebenso klare Erkenntnis andererseits, daß auch das nicht niedergeworfene Deutschland jeden Tag zu einem gerechten Frieden und dauerndem, freundschaftlichem Zusammenleben mit seinen Nachbarn bereit ist, müssen zusammenwirken, um unsere Gegner zum Frieden bereit zu machen. Nur bereit können sie das werden.

Deutschland und Rußland.

Der Moskauer Korrespondent der Frankfurter Zeitung beklagt sich bitter über das Verhalten der Reichsregierung, die der Wiederentwässerung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland Schwierigkeiten mache. Ihre Haltung sei durch einen Bericht des russischen Unterhändlers in Berlin, des Volkskommissars Bucharin, beeinflusst, der von einer abwartenden Stellung der russischen Regierung einen revolutionären Einfluß auf Deutschland erwarie. Als Beweise dieser Verschleierungstaktik werden angeführt: Verhütung deutscher Kuriers, Verhütung gegen deutsche Eigentumsrechte, Ergebnislosigkeit der Verhandlungen deutscher Kommissionen in Rußland, Vertagung der anerkannten Schadenersatzsprüche auf die große allgemeine Abrechnung, Entwertung der von den Volkskommissaren getroffenen Anordnungen durch die Restriktion untergeordneter Beamten. Der Gesamteindruck wird in folgenden Worten zusammengefaßt: „Tatsächlich führen in Moskau weder Noten noch persönliche Botschaften zu einem positiven Ziel. Man erhielt den Eindruck der gewollten oder der ungewollten Sabotage, der einfachen Anarchie; alle Brücken zu einer gegenseitigen Verständigung fehlten.“

In politischer Beziehung wird bemängelt, daß allen Versicherungen zum Trotz die Verfolgung der Mörder des Großen Fürsten ergebnislos sei und daß sich das aufgelöste Exekutivkomitee der linken Sozialrevolutionäre aus dem alten Verband neugebildet habe. Die Regierung suche allen Anstoss im Volke auf Deutschland abzulenken. Zwischen diesen Ausstellungen und der prosozialistischen Sprache der linken Sozialrevolutionäre gegen Deutschland bestehe „nicht mehr der geringste Unterschied“. Schließlich sagt der Berichterstatter seine Ansicht in die Worte zusammen:

Ihren Widerstand gegen ein Zusammenarbeiten mit den Deutschen, das den Handel und Verkehr in Rußland sehr rasch wieder in Gang bringen und viele Wunden des Krieges heilen würde, stützt die Regierung auf die ihr nicht unbekanntes Tatsache, daß das deutsche Volk zu einem neuen Krieg mit Rußland nur widerstrebend zu bewegen wäre. Aber es gibt auch keine Lösung, die das russische Volk bewegen könnte, sich einmal in das Abenteuer eines Krieges gegen Deutschland einzulassen.

Doch in Rußland manderlei Momente der Verstimmung gegen uns arbeiten, ist wahrscheinlich, es ist aber ebenso wahrscheinlich, daß neben ihnen auch aus der Natur der Sache entspringende Schwierigkeiten bestehen, die der Volkskommissar für Handel und Industrie, Bronsky, auf der jüngsten allrussischen Tagung der Sowjets sehr klar aus einandergelegt hat. Danach verlangt Deutschland naturgemäß die für seine Kriegswirtschaft notwendigen Waren, während Rußland seine Friedenswirtschaft aufbauen, seinen Hunger nach Produktionsmitteln stillen will. Um sich vor dem Zwange zum Export von Rohstoffen ohne Rücksicht auf ihre Notwendigkeit für die eigene Wirtschaft zu schützen, will Rußland sogar Geld in großem Umfang ausführen. Im Gegensatz zum Bericht der Frankfurter Zeitung vertritt es aber keine

Hefige Angriffe der Franzosen, Engländer und Amerikaner zusammengebrochen.

(W. T. A.) Antisch. Großes Hauptquartier, den 30. Juli 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Gezetzgruppe Kronprinz Rupprecht: Hege nächste Erkundungstätigkeit. Teilangriffe der Engländer in Gegenrichtung (nördlich der Yser) und beiderseits von Aegte (südlich von Arras) wurden abgewiesen.

Gezetzgruppe Deutscher Kronprinz:

An der Kampffront griff der Feind unsere neuen Linien nördlich des Curca und unsere Stellungen auf den Waldhöhen südlich von Heims mit starken Kräften an. Franzosen, Engländer und Amerikaner wurden unter schwersten Verlusten für den Feind auf ihrer ganzen Angriffsfront zurückgeworfen.

Der Schwerepunkt der feindlichen Angriffe war gegen die Front Darnennes—Hör-en-Torbenis gerichtet. Hier führten die Angriffsstellungen des Gegners am Vor- und Nachmittage immer wieder von neuem an. Sie und an unseren Linien, teilweise in unseren Bereich, brach der Feind über Hör-en-Torbenis nach Osten bis zum Walde von Meunier aus. Sie hatten ebenfalls Erfolg, wie Teilangriffe, die er am Morgen am Walde von Meunier, in den Abendstunden in breiter Front westlich von Hille-en-Torbenis führte. Südwestlich von Heims wiederholte der Feind zwischen Chamebray und Brignen, an einzelnen Stellen bis zu fünfmal, seine Angriffe und setzte sie bis zum späten Abend in beständigem Angriff fort. Sie wurden überall blutig abgewiesen.

In der Champagne vertrieben wir südlich vom Nichteberg den Feind aus Gräben, die er seit seinem Vorstoß am 27. Juli nach besetzt hielt, und nahmen einen feindlichen Stützpunkt nördlich von Berthez.

Seitens des Feindes erzwang seinen 46. Luftflieger.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

deutschfeindliche Gesinnung, wenn Bronsky Deutschland prokapitalistische Konzeptionen „zur Ausbeutung unserer nationalen Reichtümer in Gebieten, die bisher von den produktiven Kräften unseres Landes unberührt geblieben sind“, erteilen will. Bronsky hob als Zeitgedanken ausdrücklich hervor: „Wir müssen uns wohl überlegen, ob wir nicht schon jetzt um die Vergrößerung der produktiven Kräfte und des Volkswohlstandes unseres Landes kümmern, um unsre Verbindlichkeiten erfüllen zu können, ohne den deutschen Imperialisten einen Anlaß zu geben, uns als unzuverlässige Schuldner hinzustellen.“

Die Berliner Verhandlungen.

Am 26. Juli erschien in der Deutschen Presse die Mitteilung, daß bei den Verhandlungen der in Berlin eingetroffenen Abordnung der Sowjetregierung mit der deutschen Regierung über den Vertrag Friedensvertrag in förmlichen Punkten eine Einigung erzielt worden sei. In Wirklichkeit gehen nur die Besprechungen wegen ökonomischer und finanzieller Uebereinstimmung ihrem Ende entgegen, können aber schließlich erst dann sanktioniert werden, wenn auch in politischer Hinsicht eine Einigung stattgefunden hat. In den politischen Hauptfragen wie z. B. über das Don- und Kubangebiet sowie den Kaukasus (d. h. die nach dem Vertrag Friedensvertrag von deutschen Truppen besetzten Territorien), ist es noch zu keiner Einigung gekommen. Die Sitzungen der russisch-deutschen Kommission für politische Fragen haben noch gar nicht begonnen; es fanden vielmehr nur politische Vorbereitungen statt, um den beiderseitigen Standpunkt festzustellen.

Der „neue Abschnitt des Krieges“.

Aus Haag wird gemeldet: Die holländische Presse zweifelt nicht mehr an dem japanisch-amerikanischen Eingreifen in Sibirien und gegen die Bolschewiki. Die großen kolonialen Interessen Hollands im fernem Osten mögen das große Interesse, mit dem hier die Entwicklung in Sibirien verfolgt wird, mitbegründen. Rieuwe Constant schreibt: „Nunmehr hat Japan den amerikanischen Vorschlag zur Unterstützung der Tscheko-Slowaken in Sibirien angenommen. Welchen Preis Japan dafür fordert, ist noch eine Ueberraschung. Es hat zu häufig betont, daß es nur sein eigenes Interesse verfolgt. Mit keinem nur gefügten Entschluß beginnt ein neuer Abschnitt des Krieges. Die Folgen dieser Tatsache sind unübersehbar. Mögen die, die Japan so weit gebracht haben, das nie bereuen.“ Ebenso ernst schreibt Tjib: „Es wird bald ein ganz neues Kapitel dieses Weltkrieges beginnen, das uns ebenso überraschende wie entscheidende Wendungen für die Weltpolitik der Zukunft bringen wird.“

In Wladimostok ist am 1. Juli das erste hiesig gedruckte Armeeblatt erschienen. In Chabrin wird ein politisches Blatt gedruckt.

Der Korrespondent der Telegraphen-Union erzählt: Aus Archangel laufen die ersten Meldungen über die zwischen der Bauernschaft des Murmangebiets und der Roten Garde sich entwickelnden Kämpfe ein. Die Regierung zu diesen stämpfen gab der von Trozki erlassenen Befehl zur allgemeinen Mobilisierung. Die Bevölkerung will diesem Befehl nicht nachkommen, und verschiedene Dörfer sowie Städte haben sich zum Kampf gegen die Sowjettruppen zusammengeschlossen.